

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 17

Ausgegeben am 20. Januar 1922

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Verschüttete Hoffnungen¹

Von Heinrich Cunow

Berlin, den 12. Januar 1922

Noch hat der Leipziger Parteitag seine Pforten nicht geschlossen, die Rede-
flut ist noch im Steigen begriffen; doch läßt sich bereits heute voraussagen,
daß jene unserer Parteiblätter und Parteistrategen, die von der Leipziger
Tagung der U. S. P. eine Spaltung zwischen den in dieser Partei vertretenen
Richtungen oder ein Bekenntnis zum sogenannten Einheitsgedanken, zur
Notwendigkeit einer Vereinigung der U. S. P. mit unserer Partei erwar-
teten, sich in ihren Hoffnungen sehr getäuscht sehen werden. Sicherlich, in
einem gewissen, unter dem Einfluß der Kautskyschen Ideologie stehenden
Kreise von Intellektuellen, einem Teil der Berliner »Freiheit«-Leser und
einzelnen lokalen Organisationen der U. S. P., die mit den Organisationen
unserer Partei ziemlich friedlich zusammenarbeiten und ihre lokalen Erfah-
rungen naderweise auf die politischen Gesamtverhältnisse des Deutschen
Reiches übertragen, ist die Neigung zu einem möglichst baldigen Zusammen-
schluß vorhanden; aber nicht innerhalb der maßgebenden Organisationen der
politischen Zentren, vor allem nicht in der politischen Führer- und Unter-
führerschaft der U. S. P. Und selbst jene relativ engen Kreise der Unab-
hängigen, die für eine Vereinigung mit den verirren Rechtssozialisten ein-
treten, verstehen unter dieser Vereinigung ein gar seltsames Parteigebilde.
Sie fassen die Einigung nicht als eine Anpassung ihrer Anschauung und ihrer
Taktik an die der U. S. P. auf, sondern als eine Einfügung der U. S. P. in
die Auffassungs- und Ideenkreise der U. S. P. Zwar direkt »Pater peccavi!«
zu sagen, mag gnädigst den Rechtssozialisten erlassen bleiben; aber sie, nicht
die Verkünder des Pronunziamentos vom 19. Juni 1915 und die Spaltungst-
reiber, sind die Schuldigen, und deshalb haben sie sich zu ducken, während
es den Mitgliedern der U. S. P. gestattet sein muß, sich als besondere Rich-
tung in der neu geeinigten Partei zu konstituieren und für ihre höhere sozia-
listische Auffassung nach Belieben Propaganda zu machen.

Wer, befangen in schönen Einheitsfrontsillusionen, das nicht einzusehen
vermag, der sollte — nicht in Ekstase, sondern mit der nötigen Kritik — Karl
Kautskys Artikel »Massenpartei oder Sekte« in Nr. 1 der Ber-

¹ Der erste Satz des im vorigen Heft erschienenen Artikels »Einheitsfront-Illu-
sionen« hat beim Abdruck eine Veränderung erlitten, die den Anschein erweckt, als
sei der Artikel einige Tage nach dem Beginn des Leipziger Parteitags geschrieben,
während er tatsächlich, wie auch aus dem weiteren Text hervorgeht, einige Tage
vor dem Parteitag, nämlich am 5. Januar, geschrieben ist. Statt »Vor wenigen
Tagen (am 8. Januar) trat in Leipzig die Unabhängige Sozialdemokratische Partei
zu ihrer allgemeinen Tagung zusammen.« muß es demnach heißen: »In wenigen
Tagen (am 8. Januar) tritt in Leipzig usw.«

Redaktion der Neuen Zeit.

liner »Freiheit« oder Nr. 3 der Wiener »Arbeiterzeitung« nachlesen oder sich, wenngleich das nicht gerade ein besonderes Vergnügen sein mag, in die Begrüßungsartikel der U.-S.-P.-Presse zum Leipziger Parteitag vertiefen.

Nehmen wir als Beispiel die beiden Hauptblätter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die Berliner »Freiheit« und die »Leipziger Volkszeitung«. Kennzeichnend für gewisse Richtungstendenzen in der U. S. P. ist schon, daß den Begrüßungsartikel in der »Freiheit« nicht deren in der Einigungsfrage ungefähr Kautskys Anschauungen vertretende Chefredakteur Rudolf Hilferding geschrieben hat, sondern H. Stein. Nach dessen Ansicht hat die U. S. P. schon insofern ein großes historisches Verdienst, als sie stets ihrer geschichtlichen Mission treu geblieben ist, »die Wortführerin des wissenschaftlichen Sozialismus und der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse zu sein«. So habe sie denn auch den »Fehlern und Illusionen der rechtssozialistischen Reformpolitik« energisch entgegengearbeitet und dem die rechtssozialistische Partei beherrschenden Geist nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht, jenem Geist, der »nicht der Geist des Klassenkampfes war, sondern der der Zusammenarbeit der Klassen, der Unterordnung des proletarischen Interesses unter das Interesse der Gesamtheit, das heißt der bürgerlichen Gesellschaftsordnung« ist. Deshalb sei auch vorerst an keine Einigung mit der S. P. D. zu denken, denn es könne »die Einigkeit des Proletariats weder durch Organisationspielereien noch durch ausgeklügelte Parolen herbeigeführt werden«. Die rechtssozialistische Partei sei nun einmal bürgerlich verseucht:

»Der parlamentarische Kretinismus der deutschen Rechtssozialisten hat die Koalition mit dem Bürgertum als oberstes Gesetz seines politischen Handelns aufgestellt, über dessen Rahmen hinaus er nichts zu sehen vermag und dessen äußerer Form er bedenkenlos den sozialen Inhalt des proletarischen Klassenkampfes opfert. Aus dem Gegensatz zu diesem Geist der rechtssozialistischen Politik, der nichts anderes ist als der Geist des reformistischen Ministerialismus und der Zusammenarbeit der Klassen, muß die schroffe Ablehnung der Koalitionspolitik durch die U. S. P. verstanden werden. Diese Ablehnung ist heute noch das Gegebene, da weder die Machtverhältnisse der Klassen in Deutschland noch die geistige Einstellung der großen Mehrheit der rechtssozialistischen Partei eine andere Stellungnahme zur Koalitionsfrage als zulässig erscheinen lassen.«

Optimistischer klingt der von Hans Block geschriebene Begrüßungsartikel der »Leipziger Volkszeitung« aus. Block ist einer derjenigen Politiker der U. S. P., die am kräftigsten für die Einigung der U. S. P. mit der S. P. D. plädieren. Deshalb fordert er auch in seinem Artikel: »Der Einigungswille des Proletariats, über dessen Stärke wir uns nicht täuschen dürfen, macht uns zur Pflicht, die Möglichkeit der Einwirkung auf die rechtssozialistisch geführten und beeinflussten Arbeiterscharen nicht zu verlieren.« Aber auch er sieht, wie schon diese Saffassung zeigt, die Möglichkeit der Einigung nicht in der Anpassung der U. S. P. an die Anschauungen unserer Partei, sondern in der Hinüberziehung der rechtssozialistischen Arbeiter in den Ideenkreis der Unabhängigen. In keinem Falle darf sich, wie er meint, die U. S. P. der S. P. D. einfach ausliefern, das heißt auf die Weltendmachung ihrer besonderen politischen und faktischen Auffassungen in der geeinten Partei verzichten. Und ferner muß unsere Partei zunächst den »Ö r l i c h e r K u r s« abschwören.

Und dieselbe Stellungnahme zur sogenannten Einigungsfrage finden wir bei den bisherigen Hauptrednern des Leipziger Parteitags. Nicht nur bei den Rednern vom linken Flügel wie Crispian, Luise Zieß, Rosenfeld, Ledebour, dem allem Anschein nach eine Einigung mit den Kommunisten weit näher liegt als mit den Rechtssozialisten, und der daher nach dem Sitzungsbericht des »Vorwärts« offenherzig erklärte: »Den Kommunisten aller Schaffierungen gegenüber müssen wir im Auge behalten, daß wir sie als die Parteigenossen von übermorgen zu behandeln haben.« Auch die als »Rechtswügler« geltenden Politiker, wie Dittmann, Simon, Dittmann, lehnten eine Einigung in der Form, wie sie unter den heutigen Verhältnissen allein möglich ist, ab. Dittmann bekannte sich sogar zu einer Art von gemäßigter Diktatur des Proletariats.

Vielleicht wird man sagen, diese Äußerungen seien dem Bestreben der Betreffenden entsprungen, bestimmten Wählerschaften als radikal zu erscheinen oder sie seien aus der eigenartigen Massensuggestion des Leipziger Parteitags heraus zu bewerten. Aber bekennt sich nicht auch in dem einstimmig angenommenen Manifest, das doch das wohlwogene Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit der verschiedenen Richtungen ist, die Unabhängige Partei zu »den Grundsätzen der in Leipzig und Halle gefaßten Beschlüsse« und wird nicht auch dort ohne jede Selbstkritik erklärt, daß die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten die Kluft in der Arbeiterschaft verbreitert, die Arbeiterklasse zersplittert und das Erstarken der Konterrevolution verschuldet habe?

Wie bei solcher Verschiedenheit der Anschauungen über die Erfordernisse der politischen Lage und deren Weiterentwicklung aus einer Vereinigung beider Parteien eine einheitliche, aktionsfähige, starke Partei hervorzugehen vermag, begreife ich nicht, und ich möchte jene Journalisten unserer Partei, die nicht nur von den besonderen Verhältnissen in irgendeinem Bezirk oder Kreis ausgehen, sondern das Gesamtbild unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung seit der Novemberrevolution vor Augen haben, offen fragen, wie sie sich bei solchen Gegensätzen der Grundauffassung die geforderte Einheitsfront eigentlich vorstellen. Selbst wenn heute unter einem Druck eine Vereinigung beider Parteien zustande käme, müßten alsbald nach dem Aufhören des Druckes innere Zwistigkeiten in der kaum geeinten Partei auffauchen und diese zerrücken. Wir sollten uns nicht immer bereitwillig von Stimmungswellen tragen lassen, selbst dann nicht, wenn diese in einer bestimmten psychischen Veranlagung der Arbeiterschaft ihren Grund haben. Es ist doch nicht etwa eine besonders tiefe Einsicht in die Bedingungen und den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, die in gewissen Arbeiterkreisen das Verlangen nach der ganzen oder halben Einheitsfront hervorruft? Im Grunde genommen ist es die Enttäuschung, daß so viele schöne Erwartungen und Hoffnungen, die sie vor drei Jahren hoffnungsvoll an die Revolution knüpften, sich nicht erfüllt haben, die jene Arbeiter zur Forderung der sogenannten Einheitsfront treibt. Sie verstehen nicht, daß diese Erwartungen sich zu einem wesentlichen Teil gar nicht erfüllen konnten, weil dazu die geschichtlich notwendigen Voraussetzungen fehlten und weil so vieles, was ihnen von Überreise, Abwirtschaftung oder völligem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems erzählt wurde, nur naive Illusionen waren; nach ihrer Ansicht ist vielmehr an dem Nichteintreffen ihrer

Erwartungen nur die Zersplitterung der sozialistischen Parteien schuld. Wäre noch wie ehemals eine einheitliche sozialdemokratische Partei vorhanden, alles wäre anders gekommen — folglich muß unbedingt die Einheit wiederhergestellt werden. Es ist im Grunde genommen dieselbe fehlerhafte Argumentation, die wir bei so manchem Kleinbürger und Beamten konservativer Richtung finden. Unzufrieden mit den heutigen Verhältnissen, besonders der Abhängigkeit Deutschlands von der Entente, vergleichen sie die jetzigen Zustände mit denen vor dem Kriege und erklären: »Früher unter dem monarchischen Regime war's doch viel besser, folglich müssen wir wieder eine solche Regierung haben.«

Der große Fehler der U. S. P. ist, daß sie — übrigens bis zu gewissem Grade auch ein Fehler unserer Partei — nicht aus den sozialistischen Ideenkomplexen und Illusionen der Vergangenheit herauszukommen vermag. In keiner der heutigen Parteien steckt soviel Konservativismus und Reminiscenzenliebe wie in der so gerne ihr revolutionäres Empfinden betonenden Unabhängig-Sozialdemokratischen Partei, und auf keine trifft deshalb auch besser Marzens satirische Bemerkung aus dem »Achtzehnten Brumaire« zu: »Die Tradition alter toter Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen, Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtszene aufzuführen.«

Tatsächlich, die alten Schlachtparolen, Stichworte, Illusionen und Überlieferungen sind dermaßen zu starren Bestandteilen des Ideenschatzes der unabhängigen »Revolutionäre« geworden, daß sie aus dessen Bannkreis nicht heraus können. Die neuen Weltgeschichtszenen haben für sie nur dann Bedeutung, wenn sie auf der Weltbühne nach alter revolutionärer Tradition in alten Kostümen aufgeführt werden. In keinem Falle dürfen der alte Oppositionsgeist, die reine Agitationspolitik, die revolutionäre Phraseologie und die gefühlsmäßige Einstellung gegen jede nüchterne Wirklichkeitsbetrachtung in ihrer alten historischen Form beeinträchtigt werden.

Besonders scheinen viele Führer der U. S. P. die Auffassung nicht loswerden zu können, daß der Kapitalismus längst überreif ist und demnach die Novemberrevolution die von Marx angekündigte große Endrevolution des Proletariats darstellt, die in schnellem Marsch zur sozialistischen Gemeinwirtschaft führt. Daß jetzt erst nach dem Kriege die eigentliche imperialistisch-finanzkapitalistische Entwicklungsperiode beginnt, erscheint ihnen als etwas Undenkbares. Zwar hat die Entwicklung seit dem Kriegsende fast in allen kapitalistischen Ländern Wirtschaftsercheinungen hervorgebracht, die zu der Illusion von dem demnächstigen Anbruch der sozialistischen Wirtschaftsära recht wenig passen, aber diese Neuinfallterung des Kapitalismus bedeutet nach Ansicht der Unabhängigen nur eine kurze Unterbrechung der mit rasender Geschwindigkeit vorwärtseilenden sozialistischen Wirtschaftsentwicklung. Dabei preisen die Führer der U. S. P. auf dem Leipziger Parteitag die Konferenz von Cannes und die geplante Zusammenkunft zu Genua als große Erfolge ihrer Politik, ohne zu merken, daß, wenn diese Konferenzen den von ihnen erhofften Erfolg haben, dadurch

der Kapitalismus in Mitteleuropa enorm gestärkt und ihm in Rußland neue Domänen ausgeliefert werden.

Wir haben in unserer Partei genügend an eigenen Illusionen und an »Traditionen alter toter Geschlechter« zu fragen, als daß wir auch die der Unabhängigen noch leicht hin mit in Kauf nehmen und unsere Politik damit belassen sollten. Warten wir ruhig ab, bis die Erfahrungen der kommenden Zeit weitere Kreise der U. S. P. ernüchtert und sie von einem Teil ihrer Illusionen befreit haben. Dann wird die Zeit der Einigung gekommen sein — nicht auf dem Weg eines formellen Vertragschlusses von Partei zu Partei, sondern eines Anschlusses der zur Einsicht gekommenen Anhängererschaft der U. S. P. an die S. P. D. Freilich die volle Einheitsfront, der Zusammenschluß aller sozialistischen und kommunistischen Parteien zu einer einzigen großen, starken Partei wird dadurch nicht hergestellt; aber dieser schöne Plan ist überhaupt in absehbarer Zeit nicht realisierbar.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung

Von Wilhelm Schöttler (Köln)

I

War man sich vor dem Weltkrieg und der Revolution bei uns in Deutschland über Wert und Unwert der Schaffung einer Arbeitslosenversicherung durchaus im unklaren, so hat die Not der Zeit, wie sie seit dem Ausgang des Krieges über unser Vaterland hereingebrochen ist, eine durchweg einheitliche Auffassung in der Frage der Notwendigkeit einer Fürsorge für die Arbeitslosen geschaffen, wenn auch über das Wie die Ansichten noch auseinandergehen.

Deutlich lassen sich mehrere Hauptrichtungen in der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung unterscheiden. Die erste und älteste Richtung will zum Träger der Versicherung die Gewerkschaften machen, die andere verlangt ihre Anpassung an die bestehenden Einrichtungen der Sozialversicherung, und die dritte Richtung, auch die zeitlich zuletzt entstandene, will die Schaffung einer besonderen neuen Organisation, die selbständig neben die bereits bestehenden Versicherungseinrichtungen treten und zunächst den Zwecken der Arbeitslosenversicherung, dann aber auch denen der Arbeitsnachweise dienen soll. Die Praxis früherer Arbeitslosenversicherungen hat gezeigt, daß erstens eine wirklich befriedigende Lösung nur von einer obligatorischen Regelung zu erwarten ist, zweitens daß alle Teilversicherungen ungenügend sind, daß wir also einer allgemeinen, einer Reichsversicherung zustreben müssen. Sozialpolitiker wie Kumpmann, van der Borgh, Sonnemann und andere hatten sich schon lange vor dem Kriege zu dieser Auffassung bekannt.

Als der Krieg im November 1918 so plötzlich endete und ungeheure Massen demobilisierter Soldaten das Land überfluteten und den durch das Aufhören der Kriegsindustrie gar nicht aufnahmefähigen Markt überschwemmten, da standen wir angesichts der weiterbestehenden Blockade kaum lösbaren Problemen, wie diese Massen beschäftigt und ernährt werden sollten, gegenüber. Jetzt machten sich frühere Versäumnisse bemerkbar, und schnellstens mußten für diese Arbeitslosen Maßnahmen getroffen werden, die rasche Abhilfe schaffen sollten. Die wichtigste Maßnahme bestand in der **A r b e i t s l o s e n -**